



Hofgut Oberfeld

3.9.2011



## **Symposium | Europäische Agrarpolitik auf dem Prüfstand: Wie wird unsere Landwirtschaft zukunftsfähig?**

Verantwortung übernehmen für Landwirtschaft – vor Ort und weltweit!



»Bürgerengagement schafft Alternativen« – das Thema eines der Workshops auf dem diesjährigen Symposium könnte auch für das Hofgut Oberfeld stehen. Das Anliegen der Hofgemeinschaft, bestehend aus der Initiative Domäne Oberfeld e. V., dem Lebensweg e. V., der Stiftung Hofgut Oberfeld, der Landwirtschaft AG, dem Lernort Bauernhof und vielen anderen ist es, das Hofgut zu einem Ort zu entwickeln, an dem Ökologische Landwirtschaft, soziale Inklusion, Umweltpädagogik und Kultur zusammen wirken und so gegenseitig neue Möglichkeiten zur Entfaltung schaffen. Die zahlreichen Baustellen, die das äußere Erscheinungsbild des Hofguts zurzeit prägen – Laden, Café, sozialtherapeutische Wohnräume – zeigen, dass seit Beginn der Arbeit vor Ort vor fünf Jahren ein großes Stück auf diesem Weg geschafft worden ist.

Das Bürgerunternehmen Hofgut Oberfeld Landwirtschaft AG mit inzwischen 80 Aktionären war ein wichtiger Impulsgeber für die Veranstaltung des diesjährigen Symposiums. Gerade weil hier am Ort mit viel Unterstützung von Aktionären, Kunden, anderen Unternehmen und Stiftungen etwas aufgebaut wird, müssen wir uns immer wieder fragen, welche Entwicklungen um uns herum stattfinden.

Wir können und wollen uns nicht nur allein auf unsere eigene Sache konzentrieren. Denn was hilft es, wenn man mit viel Kraft versucht, Alternativen zu entwickeln, wenn gleichzeitig die »großen Räder« der Agrarpolitik in eine andere Richtung drehen? Antworten auf diese Frage zu finden, ist ein Motiv für die Veranstaltung des Symposiums: Es soll diskutiert werden, in welchem Verhältnis die aktuellen politischen Entwicklungen zu unseren Zielen und Vorhaben stehen, wie sie wirken auf die Landwirtschaft hier vor Ort, in unserer unmittelbaren Umgebung und weltweit.

Die bevorstehende Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union für den Zeitraum von 2014–2020 bildet dafür den aktuellen Anlass. Das Symposium war ein Versuch, dieses zunächst abstrakt erscheinende Thema konkret zu machen: Was haben wir alle als Bürgerinnen und Bürger mit diesen Entwicklungen zu tun? Wo soll es eigentlich hingehen? Wie können wir Verantwortung übernehmen für die Landwirtschaft – vor Ort und weltweit? Dafür möchten wir auch über das Hofgut hinaus konkrete Möglichkeiten sichtbar machen, die hier und an anderen Orten entwickelt worden sind.

Wir danken unseren Partnern aus Unternehmen, Stiftungen und Verbänden für die großzügige Unterstützung des Symposiums und der Dokumentation und allen Mitwirkenden für ihre engagierten Beiträge.

Ernst Roeckl  
Für die Initiative  
Hofgut Oberfeld (IDO) e.V.

Thomas Goebel  
Für die Hofgut Oberfeld  
Landwirtschaft AG



**Das Hofgut Oberfeld wurde 2006 durch Bürgerengagement zu einem ökologischen Landwirtschaftsbetrieb mit vielfältigen sozialen und kulturellen Initiativen im Umfeld.**

**Dr. Felix Prinz zu Löwenstein** ist Agrarwissenschaftler und arbeitete als Entwicklungshelfer in Haiti und in Afrika. Er bewirtschaftet das Hofgut Habitzheim in Südhessen nach den Richtlinien des Naturland-Verbands und ist seit 2002 zudem Vorstandsvorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) in Berlin. ([www.boelw.de](http://www.boelw.de), [www.hofgut-habitzheim.de](http://www.hofgut-habitzheim.de))



## Felix Prinz zu Löwenstein Warum brauchen wir eine (andere) Agrarpolitik?

Für die meisten Menschen, wenn sie nicht gerade aktive Landwirte sind, ist Agrarpolitik kein vertrautes Themengebiet. Darum könnten wir vor der Frage, ob wir eine Agrarpolitik brauchen und wie diese gestaltet werden sollte, zunächst versuchen einen Überblick zu gewinnen, wie sich die Europäische Agrarpolitik in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat.

In dem Gründungsdokument der Europäischen Union, den Römischen Verträgen von 1957, wurden grundlegende Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik formuliert. Im Vordergrund stand damals die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die Bauern sollten zu hoher Produktivität angeregt und ihre Einkommen gesichert werden. Um dies zu erreichen, wurden seit den 1960er Jahren für viele Produkte »Marktordnungen« eingerichtet. Zu einem jeweils festgelegten »Interventionspreis« wurden beispielsweise Butter, Rindfleisch und Getreide aufgekauft, um ein unteres Preisniveau zu garantieren. Nach außen wurde dieses Preisniveau durch »Schwellenpreise« abgesichert, d. h. niemand durfte zu geringeren Preisen in die Gemeinschaft importieren.

Die so garantierten Preise bewirkten was sie bewirken sollten: Die Bauern kauften eifrig Düngemittel und Pestizide und produzierten mit voller Kraft. Doch aus dem anfänglichen Erfolg wurde langsam aber sicher ein Fluch: Als die Lagerhäuser immer voller, die Butterberge immer höher und die Milchseen immer tiefer wurden, stiegen auch die Kosten der Agrarpolitik ins Unermessliche. Ende der 1980er Jahre waren die Lagerbestände auf die unglaubliche Menge von 20 Millionen Tonnen Getreide, 337.000 Tonnen Magermilch und 512.000 Tonnen Rindfleisch angewachsen. Fast 70 % des gesamten EU-Haushaltes floss in die Agrarpolitik. Um die Überschüsse abzubauen, wurden sie mithilfe von Exportsubventionen verbilligt auf dem Weltmarkt angeboten, teilweise weit unter den Produktionskosten – mit negativen Auswirkungen auf die Märkte in anderen Ländern.

Dennoch ist es nicht gelungen, die Existenz bäuerlicher Familienbetriebe zu sichern. Seit Beginn der Gemeinsamen Agrarpolitik wurden 80 % der Höfe in Deutschland aufgegeben. Gleichzeitig ist die Produktivität pro Arbeitskraft gestiegen, was sich u. a. an den immer größeren Flächen und Tierbeständen ablesen lässt, die von einer landwirtschaftlichen Arbeitskraft betreut werden. Auf der Seite der Konsumenten ist der Anteil des Einkommens, der für Lebensmittel benötigt wird, stetig gesunken. Lag er in den 50er-Jahren noch bei 50 %, so ist der Haushaltsposten »Ernährung« heute mit 12 % geringer geworden als der Haushaltsposten »Mobilität«. Das ist erfreulich für die Verbraucher, hatte jedoch für die Höfe, die Dörfer, die sie umgebende Natur und auch für die Qualität der Nahrungsmittel erhebliche Konsequenzen.

In den 1990er Jahren wurden dann einschneidende Veränderungen vorgenommen: Statt wie vorher die Produktpreise zu subventionieren, wurden die Preise weitgehend freigegeben. Die Betriebe erhielten stattdessen Direktzahlungen pro Fläche und pro Tier, die von der Produktionsmenge entkoppelt waren – nicht

mehr das Kilogramm Butter, Getreide oder Fleisch wurde subventioniert, sondern die Bewirtschaftung der Flächen und die Haltung der Tiere. Zum Abbau der Überschüsse mussten Flächen still gelegt werden. Um dies umzusetzen, mussten jedes einzelne Flurstück und jedes landwirtschaftliche Nutztier in der gesamten EU als Daten erfasst werden, was zu einem enormen Bürokratieaufwand führte. In den letzten Jahren wurde die Entkoppelung von der Produktionsmenge fortgesetzt. Die Direktzahlungen wurden gekürzt, dafür konnten die Mitgliedsstaaten zusätzliche Mittel für Umweltleistungen sowie für die Entwicklung ländlicher Räume ausgeben – die so genannte »2. Säule« der Agrarförderung.



Angesichts der Tatsache, dass trotz des hohen finanziellen Aufwands weder die Existenz der Betriebe gesichert werden konnte, noch eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft entstanden ist, könnte man zu dem Schluss kommen, dass man die Zahlungen lieber ganz einstellen und die Landwirte ohne Auflagen und Bürokratie wirtschaften lassen sollte. Würde der Markt funktionieren, wäre diese Forderung berechtigt: Die Produktionskosten müssten die Grundlage sein, auf der der Preis sich zwischen Angebot und Nachfrage bildet. Dass dies nicht der Fall ist, hat damit zu tun dass die Landwirtschaft mehr mit öffentlichen Gütern umgeht, als irgendein sonstiger Zweig der Wirtschaft: Wasser, Luft, Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität, Klima, Landschaft, Tierschutz – alle diese Bereiche sind eng mit der Landwirtschaft verbunden. Wenn Landwirte als Produzenten von öffentlichen Gütern Gebrauch machen, ohne sie zu bezahlen, werden diese übernutzt oder geschädigt. Damit kommt diese Produktion der Allgemeinheit teuer zu stehen.

Die Allgemeinheit – und für sie steht der Staat – *kann* deshalb die Landwirtschaft nicht lediglich den Marktkräften überlassen. Sie *muss* sich für eine Form von Landwirtschaft einsetzen, die ihre Güter sorgfältig, auch im Hinblick auf die Bedürfnisse künftiger Generationen verwaltet. Deshalb brauchen wir weiterhin eine Agrarpolitik. Wenn wir also Vorschläge für eine Reform der Agrarpolitik beurteilen wollen, dann muss danach gefragt werden, ob die Instrumente der Politik so eingesetzt werden, dass die Nutzung öffentlicher Güter quasi »eingepreist« wird bzw. deren Schonung und Reproduktion zum Wohle der Allgemeinheit honoriert wird. Denn öffentliches Geld sollte nur dann fließen, wo öffentliche Güter erhalten bzw. geschaffen werden.

**»Mehr als irgendein anderer Wirtschaftszweig geht die Landwirtschaft mit öffentlichen Gütern um. Deshalb dürfen wir als Allgemeinheit sie nicht einfach den Marktkräften überlassen.«**

## Francisco Mari

### Die weltweite Verantwortung der EU-Agrarpolitik – wo steht der Reformprozess und welche Veränderungen sind notwendig?

**Francisco Mari** studierte Rechtswissenschaften und Psychologie und arbeitete u. a. als Sozial- und Organisationsberater in Unternehmen und NGOs. Seit 2004 ist er Referent für Agrarhandel und Fischerei beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und verantwortlich für die entwicklungspolitische Lobbyarbeit im Rahmen der Reformen der Europäischen Agrar- und Fischereipolitiken. ([www.eed.de](http://www.eed.de))

In den Ländern des Südens spielt die Landwirtschaft eine wesentlich andere Rolle als hier bei uns in Europa. Während beispielsweise in Deutschland nur 2-3 % der Bevölkerung Bäuerinnen und Bauern sind, leben in den Entwicklungsländern etwa 70 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Selbst in den Städten werden oftmals auf kleinen Flächen Lebensmittel angebaut oder Tiere gehalten.

In Deutschland geben die Menschen etwa 10 % ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, in den Ländern des Südens sind es oftmals 70-80 %. Die Suche nach einer Einkommensquelle, um am Ende des Tages Lebensmittel zu bekommen, prägt den Alltag sehr vieler Menschen – in einem Maße, wie es hier für uns kaum noch vorstellbar ist. Denn für den allergrößten Teil der Bevölkerung in den EU-Ländern ist die Frage der Nahrungsmittelversorgung heute praktisch gelöst. Weltweit jedoch hungern über eine Milliarde Menschen, und von Ihnen sind wiederum etwa 70 % Bäuerinnen und Bauern, die nicht genug produzieren und verkaufen können, um sich davon zu ernähren.

Vor diesem Hintergrund diskutiert und bewertet der EED die Reformvorschläge zur EU-Agrarpolitik vor allem im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Ernährungssituation in den Ländern des Südens. Denn die Europäische Union hat in vielerlei Hinsicht Einfluss auf die Ernährungssituation weltweit. Sie ist u. a. vertreten in Organisationen wie der FAO und der Welthandelsorganisation WTO, ebenso in internationalen Gremien, die sich mit Nahrungsmittelsicherheit, Nahrungsmittelhilfe, Klimapolitik usw. befassen. Zwar gibt es das »Kohärenzgebot«, das bedeutet dass einzelne Politiken wie die Agrarpolitik in die gleiche Richtung gehen sollten wie beispielsweise die Entwicklungspolitik. Diese Kohärenzforderung ist nicht neu, sie ist auch in den Lissaboner Verträgen (der »EU-Verfassung«) festgehalten. Kohärenz allein bedeutet jedoch nicht eine Ausrichtung der Agrarpolitik an konkreten Zielen wie z. B. Ernährungssicherheit. Der EED fordert deshalb, die internationale Verantwortung der EU-Agrarpolitik grundsätzlich anzuerkennen und neben den bislang formulierten Zielen<sup>1</sup>, die seit Beginn der Gemeinsamen Agrarpolitik gültig sind, auch die Achtung des Menschenrechts auf Nahrung in anderen Ländern hier mit aufzunehmen.

Aber auch durch den Agrarhandel hat die EU als größter Exporteur von Agrarprodukten direkten Einfluss auf die Agrarmärkte weltweit. Spätestens mit dem Beitritt zur WTO haben die meisten Länder des Südens seit den 1990er Jahren ihre Märkte weitgehend für Importe öffnen müssen. Jedoch hält die EU sich selbst die Möglichkeit offen, einen Außenschutz (in Form von Importzöllen) für bestimmte Produkte aufrecht zu erhalten.



<sup>1</sup> Steigerung der Produktivität, Sicherung des Einkommens der Landwirte, Sicherstellung der Versorgung, Stabilisierung der Märkte und »angemessene« Verbraucherpreise

Produkte aus der Europäischen Union kommen in einigen afrikanischen Ländern zu Preisen auf den Markt, die weit niedriger sind als die Erzeugungskosten in diesen Ländern – trotz des niedrigeren Lohnniveaus. Zusammen mit Bauernorganisationen des Südens hat der EED daher einen 6-Punkte-Plan aufgestellt, um die internationale Verantwortung der EU-Agrarpolitik einzufordern, u. a. einen Stopp von »Dumping«-Exporten.

Denn obwohl kaum noch direkte Exportsubventionen gezahlt werden, werden die Preise europäischer Exportprodukte dennoch indirekt verbilligt, z. B. durch die Flächenprämien für den Anbau von Futtergetreide oder Investitionsbeihilfen. Nicht zuletzt sind auch die hohe Kaufkraft der europäischen Verbraucher und ihre Nahrungsmittelvorlieben ein wichtiger Faktor, wie das Beispiel Hähnchenfleisch zeigt: Europäische Konsumenten verzehren fast nur noch Hähnchenbrust und zahlen dafür hohe Preise. Die übrigen Geflügelteile werden zu extrem niedrigen Preisen in afrikanischen Ländern angeboten und drücken dort nicht nur den Preis für einheimisches Geflügelfleisch, sondern auch für andere Fleischarten und Fisch.

Der EED kritisiert aufgrund dieser negativen Auswirkungen die aktuelle Exportoffensive der Bundesregierung, z. B. für Fleisch und Milch: »We feed the world« kann nicht die Antwort auf die Ernährungskrise sein. Nicht die mangelnde Produktion von Nahrungsmitteln ist die Ursache von Hunger, sondern dass die produzierten Waren nicht zu den Menschen gelangen, die sie benötigen. Neben konkreten agrarpolitischen Forderungen setzt der EED daher zusammen mit vielen anderen bäuerlichen und entwicklungspolitischen Organisationen auf das Konzept der Ernährungssouveränität.

**»Wir können nicht einerseits den Hunger beklagen und andererseits eine EU-Agrarpolitik betreiben, die genau diesen Hunger schafft.«**



**Ernährungssouveränität ist ein politisches Konzept, nach dem Völker das Recht haben, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik so zu gestalten, dass die Ziele und die Art und Weise der Produktion ökologisch nachhaltig und sozial gerecht sind und sich am Gemeinwohl orientieren. Im Sommer 2011 hat im österreichischen Krets das Nyeleni Forum für Ernährungssouveränität dazu eine Erklärung veröffentlicht – zu finden unter [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de) oder [www.weltlaeden.at](http://www.weltlaeden.at).**

## Themengruppe 1: Handlungsfeld Agrarpolitik – wie wird unsere Landwirtschaft zukunftsfähig? *Benedikt Haerlin / Peter Pascher; Moderation: Maren Heincke*

**Dr. Peter Pascher** ist beim Deutschen Bauernverband in Berlin tätig und verantwortet dort die Bereiche Betriebswirtschaft und Ländlicher Raum. ([www.bauernverband.de](http://www.bauernverband.de))

»Die hohen gesellschaftlichen Leistungen, die die Landwirte in Deutschland schon heute erbringen, sollten anerkannt werden.«

**Dr. Maren Heincke** ist Agrarwissenschaftlerin und seit 2003 Referentin für den Ländlichen Raum der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). ([www.zgv.info](http://www.zgv.info))



### *Die Argumentation von Peter Pascher*

Die heutige Situation auf den Weltagarmärkten ist gekennzeichnet durch Preisschwankungen sowie eine eher knappe Versorgungslage. Denn die Produktionsmenge steigt langsamer bei gleichzeitig wachsender Nachfrage, nicht nur weil die Weltbevölkerung weiter wächst, sondern auch aufgrund steigender Einkommen in wichtigen »Nachfrageländern« wie Indien und China. Die Preise für Agrarprodukte bilden sich nach Angebot und Nachfrage und folgen in der Regel den internationalen Rohstoffpreisen. Diese Situation ist für die heimische Landwirtschaft neu, da in früheren Jahren Preisschwankungen durch die Marktordnungen der EU abgefedert wurden. Der Deutsche Bauernverband (DBV) spricht sich daher für den Ausbau von Instrumenten zur Preisabsicherung aus, wie z. B. das Waretermingeschäft. Es ist auch eine Frage an die Konsumenten, ob heimische Agrarprodukte als Wert angesehen werden.

Wenn wir über die zukünftige Ausrichtung der EU-Agrarpolitik diskutieren, spielt die Einkommenssituation der Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland eine wichtige Rolle. Die EU-Direktzahlungen machen etwa die Hälfte der Einkommen aus, die in der deutschen Landwirtschaft erzielt werden. Daher geht es dem DBV darum, diese Zahlungen für die nächste Förderperiode zu erhalten. Die Kommissionsziele zur Weiterentwicklung der GAP unterstützt der DBV, nicht aber die vorgeschlagenen Maßnahmen, da sie der Situation knapper globaler Versorgung mit Agrarrohstoffen nicht gerecht werden und zu mehr Bürokratie führen.

Durch die Umverteilung der Direktzahlungen innerhalb der EU werden diese Prämien in Deutschland um etwa 4 % gekürzt. Das so genannte »greening« bedeutet für diejenigen Betriebe, die die Kriterien nicht erfüllen können, eine weitere Kürzung der Zahlungen. Auf Kritik stoßen vor allem die vorgeschlagenen »ökologischen Vorrangflächen« sowie eine mögliche Bindung der Direktzahlungen an soziale Kriterien. Denn die Begründung für diese Zahlungen sieht der DBV in den gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft, wie Einhaltung hoher europäischer Produktionsstandards, Verzicht auf bestimmte Betriebsmittel, flächendeckende Landbewirtschaftung und Erhaltung einer ausreichenden Eigenversorgung sowie der Vitalität ländlicher Räume.

Um die Ernährungssicherheit weltweit zu verbessern, sollte ein relativ hohes stabiles Preisniveau auf den Weltagarmärkten angestrebt werden, da dieses die Produktion auch in den Entwicklungsländern stimuliert; außerdem sollte international koordiniert in die angewandte Forschung investiert und »good governance« (gute Regierungsführung) in den Entwicklungsländern gefördert und eingefordert werden. Die Eigenverantwortung der betroffenen Länder sollte in der entwicklungspolitischen Diskussion viel stärker berücksichtigt werden.

### Die Argumentation von Benedikt Haerlin

Eine Diskussion und Beurteilung der Reformvorschläge für die EU-Agrarpolitik benötigt einen Blick auf die globale Situation. Der Mensch mit seinen wirtschaftlichen Aktivitäten ist zum entscheidenden Umweltfaktor der Erdentwicklung geworden. Laut einer 2009 veröffentlichten Studie<sup>1</sup> werden die Belastungsgrenzen des Planeten weit überschritten, und dies ist direkt verbunden mit unserer Art Landwirtschaft zu betreiben und uns zu ernähren. So wird der heute übliche Einsatz von Stickstoffdüngern zu einer Überdüngung der Weltmeere führen. Der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen und der Verlust der Artenvielfalt befinden sich auf einem so hohen Niveau, dass einschneidende Veränderungen dringend geboten sind.

Insofern geht es bei der »Multifunktionalität« der Landwirtschaft nicht um etwas Zusätzliches, sondern um den Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschheit. Von einem eingeschränkten Begriff der Effizienz, also einem simplen input-output-Denken, müssen wir jetzt zu einem anderen Effizienzbegriff kommen, der sämtliche Ressourcen und Umweltaspekte, soziale und wirtschaftliche Aspekte vereint.

Obwohl pro Kopf der Weltbevölkerung noch nie so viele Lebensmittel produziert wurden wie heute, werden Hunger und Fehlernährung immer mehr zu einem globalen Problem innerhalb der Gesellschaften. Laut Schätzungen der FAO wurde 2011 die größte Getreideernte in der Geschichte der Menschheit eingefahren, jedoch dient weniger als die Hälfte davon als Lebensmittel (46 %). Der größere Teil wird als Tierfutter und zur Energiegewinnung genutzt. Schon die gegenwärtige Produktionsmenge reicht aus, um 12 Milliarden Menschen zu ernähren. Die Frage ist also nicht, ob wir 9 Milliarden Menschen ernähren können, sondern wie viele Nutztiere, Milch und Eier und wie viel Sprit vom Acker wir uns zusätzlich leisten können.

Das ist die globale Krise des Agrar- und Ernährungssystems, auf die im Rahmen der EU-Agrarreform ehrliche Antworten gefunden werden müssen. Die EU-Agrarpolitik hat zu dieser Krise erheblich beigetragen. Sie hat zu einem erhöhten Energieverbrauch und der Ausbeutung globaler Ressourcen geführt und zerstört bäuerliche Existenzen, Kulturlandschaften und ländliche Räume. Allein in den letzten 10 Jahren hat in Deutschland ein Drittel aller Betriebe aufgegeben. Von verbliebenen 300.000 Höfen werden nur noch 100.000 als Vollerwerbsbetriebe geführt. EU-weit schreitet diese Entwicklung teilweise noch schneller voran.

### Wichtige Punkte in der Diskussion

- I Neu ist, dass jeder Betrieb in Zukunft zusätzliche ökologische Leistungen erbringen soll, um die volle Förderung zu erhalten. Das würde auch auf hochproduktiven Standorten gelten.
- I Ob die Vorschläge eine ausreichende Lenkungsfunction haben, um z. B. den in manchen Regionen vorherrschenden Maisanbau zu begrenzen oder den Anbau heimischer Eiweißfrüchte an Stelle von Sojaimporten zu stimulieren, ist zweifelhaft.



**Benedikt Haerlin** leitet das Berliner Büro der Zukunftsstiftung Landwirtschaft, wo er u. a. die europäische Initiative »Save Our Seeds« koordiniert. ([www.saveourseeds.org](http://www.saveourseeds.org))

**Die Vorschläge der EU-Kommission:**  
Für die Periode von 2014-2020 soll das Agrarbudget der EU nominal konstant bleiben. Innerhalb dieses Budgetrahmens soll es zu Umverteilungen kommen: Die bisherigen Direktzahlungen sollen nur noch dann in vollem Umfang gewährt werden, wenn ein Betrieb ökologische Bedingungen erfüllt – das so genannte »greening.« Benachteiligte Gebiete und Kleinbetriebe erhalten mehr Förderung, bei Großbetrieben sollen die Zahlungen gekappt werden.

»Der Planet Erde ist so etwas wie ein Garten geworden, für den wir die Verantwortung übernehmen müssen.«

<sup>1</sup> Johan Rockström et al. (2009): A safe operating space for humanity. Nature 461, S. 472-475.

## Themengruppe 2: Energiegewinnung aus Agrarrohstoffen und Ernährungssicherheit – wie passt das zusammen? *Thomas Kirchberg/ Rolf Künnemann, Moderation: Felix Löwenstein*

**Dr. Thomas Kirchberg** ist promovierter Agrarwissenschaftler und seit 2007 Mitglied des Vorstandes der Südzucker AG in Mannheim/Ochsenfurt, wo er für die Bereiche Agrarpolitik, landwirtschaftliche Rohstoffe und Rohstoffmärkte sowie Forschung und Entwicklung verantwortlich ist.

([www.suedzucker.de](http://www.suedzucker.de))

**»In Europa produzierte Agrartreibstoffe können einen Beitrag zur Energiewende leisten.«**

### *Die Argumentation von Thomas Kirchberg*

Die Südzucker AG ist eines der größten deutschen Unternehmen der Ernährungsindustrie. Eine neuere Sparte des Unternehmens ist die Ethanolherstellung in mehreren europäischen Ländern, die etwa 20 % vom Umsatz des Unternehmens ausmacht. Ethanol wird überwiegend aus Getreide hergestellt und als flüssiger Kraftstoff verwendet.

Auch »Biodiesel« und »Biogas« gehören zu den erneuerbaren Energien aus Agrarrohstoffen. Insgesamt werden in Deutschland auf 2,2 Millionen Hektar Pflanzen für die Energiegewinnung angebaut, davon ca. 12 % für Ethanol und ein größerer Anteil für »Biodiesel« und »Biogas«.

In Europa sind ausreichend Flächen für die Erzeugung von Nahrung, Futtermitteln und Energie vorhanden, da insgesamt ein Überschuss an Kohlehydraten<sup>1</sup> produziert wird. Anders als Nahrungsmittel unterliegen Agrartreibstoffe Nachhaltigkeitskriterien, damit sie in Deutschland eingesetzt werden können. So muss der Ausstoß von Klimagasen um mindestens 35 % im Vergleich zu fossilen Energieträgern reduziert werden – bezogen auf den gesamten Produktionszyklus. In dem neuesten Anlagentyp wird eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 60-70 % erreicht.

In Europa produziertes Ethanol kann nicht verantwortlich gemacht werden für die weltweite Ernährungskrise. Zwar entsteht durch die Verwendung von Getreide eine zusätzliche Nachfrage, der Effekt ist jedoch relativ gering bei einem Flächenanteil von 3 % in Deutschland und 5-6 % in Europa. Die Frage der Flächenkonkurrenz entsteht wie bei jedem Nicht-Nahrungsmittel, also ähnlich wie bei Futtermitteln, anderen nachwachsenden Rohstoffen (beispielsweise Faserpflanzen) und Zierpflanzen.

Das Hungerproblem kann nicht durch die Produktion von Nahrungsmitteln in Europa gelöst werden, sondern durch standortangepasste Produktionsweise sowie Investitionen in den betroffenen Ländern selbst. Dafür gibt es keine pauschal anwendbaren Konzepte, ebenso wie es nicht den einen »fairen Preis« gibt: Während es für Regionen ohne ausreichende eigene Produktion wichtig ist, dass Preise für Lebensmittel niedrig sind, schaffen höhere Preise auch Produktionsanreize, die einen Beitrag zur Entwicklung ländlicher Regionen leisten können.

### *Die Argumentation von Rolf Künnemann*

Die europäische Politik zur Förderung der Agrartreibstoffe hat Auswirkungen auf den Zugang zu Land für Bauern, Indigene und Nomaden. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass etwa 60 Millionen Indigene durch die Produktion von Agrartreibstoffen ihr Land verlieren könnten. Damit werden gravierende

<sup>1</sup> Kohlehydrate sind u. a. in Getreide, Mais, Kartoffeln und Zuckerrüben enthalten.



Ernährungsprobleme geschaffen und überdies auch kulturelle Rechte verletzt. Das Ziel der Europäischen Union, bis 2020 10 % Agrartreibstoffe einzusetzen, erfordert eine Fläche von ca. 20-30 Millionen Hektar.<sup>2</sup> Schon jetzt werden Flächen außerhalb der EU dafür verwendet. Der Anbau von Energiepflanzen auf so großen Flächen hat Auswirkungen auf die Böden und auf die Sozialstruktur – denn die Produktion ist häufig stark mechanisiert und geprägt von Landverreibungen und schlechten Arbeitsbedingungen bis hin zu Sklaven- oder Kinderarbeit.

Agrartreibstoffe wirken sich auf die Nahrungsmittelpreise aus, denn Getreide wird dem Lebensmittelmarkt entzogen; in den USA werden bereits mehr als ein Drittel des Maisertrags zu Bioethanol, in der EU 50 % des Pflanzenöls zu Biodiesel verarbeitet. Experten nennen die wachsende Nachfrage nach Agrartreibstoffen als Hauptursache für die Steigerung der Getreidepreise. Da arme Menschen mehr als 50 % ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen, wirken sich Preissteigerungen für sie viel stärker aus, als für andere Konsumenten.

Die EU-Nachhaltigkeitsvorgabe wird nicht erreicht, wenn man den Landnutzungswandel mit einbezieht, der von dieser Politik weltweit verursacht wird. Denn die Umwandlung von Regenwald, Savannen und Weideland setzt ein Vielfaches mehr an CO<sub>2</sub> frei als eingespart wird. Anstatt Investitionen in die nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft zu fördern, wird die gesamte Infrastruktur an den Bedürfnissen der Agrarfirmen und ihrer Geldgeber ausgerichtet. Neben dem ökologischen und sozialen Schaden ist es fast belanglos, dass die Agrartreibstoffe die Energieprobleme der Zukunft nicht lösen werden. Große CO<sub>2</sub>-Einsparmöglichkeiten gäbe es vor allem, wenn der Energieverbrauch im Transportsektor überhaupt gesenkt werden würde und ein verbindliches CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel anstelle der Mengenvorgabe für die Ethanolbeimischung treten würde.

### Wichtige Punkte in der Diskussion

- | Die Verbindung zwischen den unterschiedlichen Aspekten der Ethanolgewinnung in Europa und in den Ländern des Südens ist die EU-Politik.
- | Bei der Berechnung der CO<sub>2</sub>-Reduktion werden Effekte wie Humusabbau und Landnutzungswandel nicht berücksichtigt, obwohl sie einen großen Einfluss auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Agrartreibstoffe hätten. Eine Analyse dieser Effekte in den jeweiligen Anbauregionen sollte Bestandteil der Nachhaltigkeitskriterien werden.
- | Ein »Kohlehydratüberschuss« in der EU besteht nur, weil Öle und Eiweißfuttermittel in großem Umfang importiert werden.
- | Bilaterale und multilaterale Handelsverträge müssen einer ökologischen und menschenrechtlichen Revision unterzogen werden; nur so kann es gelingen, auch hier externe Kosten zu integrieren und mehr Rechtsverbindlichkeit herzustellen.

**Dr. Rolf Künnemann** ist Mitgründer von **FIAN International**, der internationalen Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren, und arbeitet in deren Internationalem Sekretariat in Heidelberg. **FIAN** interveniert gegen die Verletzung dieses Menschenrechts und unterstützt die Vereinten Nationen, Regierungen und Zivilgesellschaften bei der Stärkung und Umsetzung der Menschenrechte. ([www.fian.org](http://www.fian.org))



**»Die Energieprobleme der Zukunft werden durch Agrartreibstoffe nicht gelöst.«**

<sup>2</sup> Die gesamte Ackerfläche in Deutschland beträgt ca. 12 Millionen Hektar.

## Themengruppe 3: Mit Bürgerengagement Alternativen schaffen

*Christian Hiß, Moderation: Anja Christinck*

**Christian Hiß ist auf einem Demeter-Hof in der Nähe von Freiburg aufgewachsen und war viele Jahre als biologisch-dynamisch arbeitender Gärtner selbständig tätig. Vor fünf Jahren gründete er die »Regionalwert AG«, eine Bürgeraktiengesellschaft in der Region Freiburg, um der regionalen Landwirtschaft eine neue gesellschaftliche Struktur zu geben.**

([www.regionalwert-ag.de](http://www.regionalwert-ag.de))



Es gibt wichtige Gründe, die es heute erforderlich machen über neue Eigentumsformen in der Landwirtschaft nachzudenken. Fragen der Hofnachfolge, Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung für landwirtschaftliche Unternehmen und die mangelhafte betriebswirtschaftliche Darstellung sozialer und ökologischer Leistungen sind solche Gründe, die zur Entwicklung des Konzepts der Regionalwert AG und zu ihrer Gründung im September 2006 führten.

Einen landwirtschaftlichen Betrieb in die Zukunft zu führen, erfordert laufend Investitionen. Wenn ein Betriebsinhaber etwa 45-50 Jahre alt ist, entsteht oft eine wirtschaftlich und sozial schwierige Situation: Denn die eigenen Kinder sind zu diesem Zeitpunkt noch zu jung, um eine verbindliche Aussage zur Berufswahl zu machen. Ohne geklärte Hofnachfolge ist das Risiko von Investitionen jedoch sehr hoch. An dieser Stelle braucht es also neue Spielräume, die die kontinuierliche Entwicklung des Hofes unabhängig von der familiären Situation sichern (siehe Einschub »Hofnachfolge«).

Allgemein ist die Kapitalbeschaffung für landwirtschaftliche Unternehmen schwierig, weil sie aufgrund der schlechten Ertragslage im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen bei den Banken in eine schlechte Risikoklasse eingestuft werden, was die Kredite verteuert. Da hierfür nur die betriebswirtschaftliche Rentabilität zugrunde gelegt wird, die nur diejenigen Leistungen und Kosten abbildet, die Geldströmen zugeordnet werden können, bleiben die von einem Betrieb erbrachten sozialen und ökologischen Leistungen unberücksichtigt. Die betriebswirtschaftliche Rentabilität bildet also eine eingeschränkte Sichtweise auf Wertschöpfung im ländlichen Raum und in der Volkswirtschaft insgesamt ab; die Folgen für die Landschaft, das soziale Miteinander und die Strukturen im ländlichen Raum, aber auch z. B. für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der biologischen Vielfalt bleiben dabei vollkommen unberücksichtigt. Dies ist nicht nur ein Problem für den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb – es ist ein grundlegender Fehler in unserem wirtschaftlichen Denken, der korrigiert werden muss, weil er zu wirtschaftlichen Fehlentscheidungen führt.

Die Regionalwert AG als Bürgeraktiengesellschaft ist ein Versuch, darauf eine Antwort zu finden. Sie generiert spezifisches Kapital, das speziell dafür da ist eine nachhaltige regionale Versorgungswirtschaft »vom Acker bis zum Teller« zu etablieren und zu finanzieren. Sie investiert dafür in den Aufbau landwirtschaftlicher Betriebe sowie in die gesamte damit verbundene Wertschöpfungskette, die so in wachsendem Maße Eigentum der Bürgerinnen und Bürger einer Region wird. Das Kapital der Bürgeraktiengesellschaft wird in vier Bereichen investiert: In der Urproduktion, also Landwirtschaft sowie Gemüse- und Weinbau, in der Verarbeitung (z. B. Trockengemüse und -früchte, Bio-Catering, Schulverpflegung), in der Vermarktung (z. B. Abokisten, Bioläden) sowie im Dienstleistungsbereich (z. B. Buchhaltung und betriebswirtschaftliche Beratung). Die Gewinne aus diesen Bereichen fließen zusammen in eine Holding, so dass die unterschiedliche Rendite innerhalb der Wertschöpfungskette ausgeglichen wird.

**»Zukünftig sollte es nur Geld geben für die tatsächlich erbrachten sozial-ökologischen Leistungen auf den Betrieben.«**

Neben der normalen Geschäftsberichterstattung gibt es eine Berichterstattung über sozial-ökologische Leistungen. Anhand von 64 Indikatoren, die die Regionalwert AG entwickelt hat, werden so für jeden einzelnen Betrieb diese Leistungen konkret nachgewiesen: Was ist noch entstanden, außer »Geld verdient« oder »Geld verloren«? Wie viele Lehrlinge wurden ausgebildet, wie wurden die Mitarbeiter bezahlt, wie entwickelt sich die Bodenfruchtbarkeit, welches Saatgut wurde eingesetzt? Alles was jenseits der Geldflüsse stattfindet, wird abgebildet und darstellbar als nicht-monetärer Ertrag für die Aktionäre, der ebenso wie der monetäre Ertrag berücksichtigt wird, wenn es um die Beurteilung von Projekten und die Vergabe neuer Investitionsmittel geht.

In Bezug auf das Thema des Symposiums, nämlich die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik, können die Erfahrungen der Regionalwert AG einen wichtigen Beitrag zur Diskussion leisten: Denn anstatt weiterhin über die Direktzahlungen Gelder auszuschütten an alle Betriebe, könnte der tatsächliche Nachweis sozial-ökologischer Leistungen anhand konkreter und transparenter Indikatoren in Zukunft die Grundlage für Ausgleichszahlungen werden. Denn nur genau diese Leistungen, die nicht am Markt erscheinen, rechtfertigen den massiven Einsatz öffentlicher Mittel für die europäische Landwirtschaft.

#### **Hofnachfolge über Kapitalbeteiligung erleichtern**

Ein Familienbetrieb befindet sich normalerweise im Eigentum der Familie bzw. von Kapitalgebern wie Banken. Wer den Hof übernimmt, muss die Geschwister als »weichende Erben« ausbezahlen und die Investitionen tragen. Eine Möglichkeit, diesen Prozess zu erleichtern, ist die Gründung einer Kommanditgesellschaft (KG). Die Landwirtschaftsfamilie geht in diese als Komplementäre ein, führt die Geschäfte und bewirtschaftet den Hof. Die Regionalwert AG kommt als Kommanditistin hinzu und finanziert Investitionen bis zur Hofübergabe. Egal ob es zu inner- oder außerfamiliärer Hofnachfolge kommt, ist der Kapitalbedarf für die Nachfolger geringer, denn Anteile des Hofes sind und bleiben im Eigentum der Bürger der Region. Die Regionalwert AG als Miteigentümerin übernimmt die Verantwortung, dass der Hof über das Rentenalter des früheren Betriebsinhabers hinaus weiter geführt wird. Die Landwirtschaftsfamilie kann eigene Anteile bis hin zur Mehrheit der Anteile behalten oder diese abgeben.

#### **Wichtige Punkte in der Diskussion**

- | Wie funktionieren Kapitalzuweisung und Entscheidungsfindung in der Praxis?
- | Sind die sozial-ökologischen Faktoren mehr als »nur« eine schöne Sache neben der wirtschaftlichen Betrachtung? Wie werden sie tatsächlich Teil unseres wirtschaftlichen Denkens und Handelns?
- | Können Landwirte den hohen Erwartungen der Konsumenten in Bezug auf Umwelt- und Tierschutz gerecht werden? Viele sind überfordert mit der Aufgabe, Produktion, Vermarktung und Kommunikation zu organisieren – ist die Regionalwert AG als arbeitsteiliges Netzwerk darauf eine Antwort?
- | Ist die Regionalwert AG eine Nische? Ist diese Art der Zusammenarbeit auch anderswo – in großem Stil – möglich? In welchem Zusammenhang stehen freiwilliges Bürgerengagement und politische Prozesse?

**Dr. Anja Christinck** ist Agrarsozialwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Kommunikation und Beratung, vor allem zu den Themen Landwirtschaft, Biodiversität und globale Ernährungssicherheit. ([www.seed4change.de](http://www.seed4change.de))



**LandwirtInnen aus der Region als Dialogpartner:**

**Sven Hehn, Buchenhof, Oberramstadt**  
**Margarethe Hinterlang, Dottenfelderhof, Bad Vilbel**  
**Karlheinz Rück, Rosenhof, Roßdorf**  
**Will Schaumann, Hofgut Oberfeld Landwirtschaft AG**  
**Götz Wollinsky, Pappelhof, Reichelsheim**

## Nachhaltigkeit konkret – Projekte auf dem Hofgut Oberfeld

**Catherine Cuendet ist Landwirtin und hat Ökologische Agrarwissenschaften studiert. Seit 2002 arbeitet sie für die Getreidezüchtung Peter Kunz in der Schweiz (»Verein für Kulturpflanzenentwicklung«) und ist dort seit 2008 für die Dinkelzüchtung verantwortlich. Mit ihr ist 2009 ein Teil der Dinkelzüchtung auf das Hofgut Oberfeld in Darmstadt umgezogen. Sie betreibt den Standort als Außenstelle der Getreidezüchtung Peter Kunz.**  
([www.getreidezuechtung.ch](http://www.getreidezuechtung.ch))

### *Führung zur Ökologischen Weizen- und Dinkelzüchtung*

Seit Jahrtausenden wird Züchtung betrieben, dennoch findet diese Tätigkeit für die meisten Menschen im Verborgenen statt.

Die direkteste Begegnung mit Getreide findet für die meisten Menschen beim Brot kaufen statt. Doch anders als bei Äpfeln haben wir kein Bewusstsein dafür, dass sich beispielsweise in jedem Weizenbrot auch verschiedene Weizensorten verbergen. Denn bei jeder Getreideart gibt es eine große Sortenvielfalt und jede Sorte trägt einen Namen, hat eine eigene Biographie. Diese ist geprägt vom Züchterhaus, den Methoden und Kriterien mit welchen die Pflanze entwickelt wurde. Der Züchtungsprozess ist langwierig. Von der Kreuzung bis zur zugelassenen Sorte vergehen mit klassischer Kreuzungszüchtung 12-15 Jahre.

Dass die ökologische Landwirtschaft eine eigene Züchtung braucht ist klar: Denn das System der konventionellen Landwirtschaft ist ein ganz anderes als dasjenige eines ökologisch wirtschaftenden Betriebes. Letzterem steht z. B. kein synthetischer Stickstoff zur Verfügung, welcher gezielt eingesetzt werden kann um Ertrag und technologische Backqualität zu erzielen. Anders als im konventionellen müssen die Pflanzen im ökologischen System mit der natürlichen Stickstoffdynamik des Bodens umgehen können und so beschaffen sein, dass die Ertrags- und Qualitätsbildung durch Verlagerungsprozesse (Translokation) aus dem Blatt und Stroh in das Korn erfolgen. Das erfordert einen ganz anderen Pflanzentyp.

In der Züchtung geht es darum, in die Zukunft zu blicken und immer die Frage im Hinterkopf zu bewahren: was brauchen wir in zehn, in zwanzig, in fünfzig Jahren für Pflanzen, in welcher Umwelt werden die Pflanzen wachsen, welche Qualität ist gefragt? Und letztendlich geht auch darum, die Züchtung unserer Kulturpflanzen nicht nur den Saatgutkonzernen zu überlassen. Damit das gelingt, ist jedoch nicht nur die Arbeit des Züchters wichtig, sondern auch das gemeinsame Engagement von Verarbeitern, Verbänden, Bauern und Konsumenten.

### *Führung zu den Saisongärten auf dem Hofgut Oberfeld*

Eine Saison lang auf dem Oberfeld einen Garten bewirtschaften – das bedeutet auf einer von 70 vorgepflanzten Parzellen einfach loslegen. Ein Grundsortiment an Saaten und Jungpflanzen von der Möhre über den Salat bis zum Zuckermais ist bereits vorhanden, mit genügend Freiraum um nach eigenen Vorlieben weitere Schätze gedeihen zu lassen. Die weitere Pflege liegt bei den GärtnerInnen – also den ganzen Sommer bis in den Herbst hinein gießen, jäten, hacken und ernten. Jeden Winter kann man sich neu entscheiden, ob man weiter gärtnern will oder nicht. Die Parzellengröße von 70 Quadratmetern reicht aus für eine Familie, Wohngemeinschaft oder eine Gruppe von Freunden.



Für viele ist dieses Angebot nicht nur wegen der Ernte attraktiv. Gärtnern ist der perfekte Ausgleich, das Gemüse heranwachsen zu sehen verbindet ganz anders als sonst mit dem Jahreslauf, dem Wetter – und nicht zuletzt mit anderen Menschen. Die Saisongärten sind auch ein Treffpunkt, wie Gärten es von jeher waren. Wo man zur Ruhe kommt nach einem oft hektischen Tag, aufmerksam werden kann – so manche gute Begegnung entsteht aus dieser Grundhaltung. Gärtnern verbindet uns als Menschen, egal in welchem Alter und welchen Pfaden wir sonst im Alltag folgen.

Für die Landwirte auf dem Oberfeld schaffen die Saisongärten auch ein Stück Transparenz: Sich bewusst »in die Karten gucken lassen«, im Gespräch sein mit den Menschen, die kommen – das schafft auch Vertrauen in die gegenseitigen Motive und Absichten.

Die Saisongärten auf dem Oberfeld gehen zurück auf eine Initiative des Handelsunternehmens tegut... Unter dem Motto »Bewusst selbst gemacht« wollen Wolfgang und Thomas Gutberlet Menschen Möglichkeiten verschaffen, sich dem Thema Lebensmittelqualität durch eigenes Tun und Erfahrung zu nähern. Die Firma tegut... unterstützt daher Höfe, die Saisongärten anbieten wollen und vermittelt Kontakte an interessierte GärtnerInnen.

#### **Sie interessieren sich für einen Saisongarten auf dem Oberfeld?**

Ansprechpartner: Jens Müller-Cuendet, Telefon: 06151.950486-19,  
E-mail: [j.muellercuendet@landwirtschaft-oberfeld.de](mailto:j.muellercuendet@landwirtschaft-oberfeld.de)

#### **Sie möchten wissen, wo in Ihrer Nähe Saisongärten angeboten werden oder eine ähnliche Initiative auf ihrem Hof starten?**

Ansprechpartnerin bei tegut... Saisongärten: Katharina Kraiß,  
Telefon: 0661.1041645, E-mail: [saisongarten@tegut.com](mailto:saisongarten@tegut.com)

Mehr zum Thema Gemeinschaftsgärten auch anderswo unter:  
[www.pflanzen-ernten.de](http://www.pflanzen-ernten.de)



**Jens Müller Cuendet hat nach landwirtschaftlich geprägter Jugend Ökologische Landwirtschaft studiert. Danach arbeitete er mehrere Jahre in der biologisch-dynamischen Getreidezüchtung. Seit 2009 ist er Mitarbeiter der Hofgut Oberfeld Landwirtschaft AG, wo er für die Bäckerei, die Saisongärten und Teile des Ackerbaus zuständig ist.**

([www.landwirtschaft-oberfeld.de](http://www.landwirtschaft-oberfeld.de))



## Nach dem Symposium

Mit dem »Erdgipfel« von Rio (1992) kam das Thema Nachhaltigkeit auf die Agenda der internationalen Zusammenarbeit. 2012 – also 20 Jahre später – findet erneut eine große Konferenz in Rio de Janeiro zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik statt. Der Schwerpunkt liegt auf der Gestaltung sozialer und institutioneller Prozesse, die nachhaltige Entwicklung tatsächlich ermöglichen können. Auf einem Vorbereitungstreffen fanden Vertreter der Vereinten Nationen, unter deren Dach die Konferenz stattfindet, deutliche Worte: Der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon bezeichnet die gegenwärtig propagierten Modelle für wirtschaftliches Wachstum als Rezepte für eine globale Katastrophe und fordert einen revolutionären Gesinnungswandel<sup>1</sup>.



Aber wie sollte diese Veränderung unseres Denkens und Handelns, bezogen auf die Landwirtschaft, konkret aussehen? In den Diskussionen der verschiedenen Themengruppen des Symposiums bildete sich ein gemeinsamer Roter Faden: Eine zukunftsfähige Landwirtschaft entsteht dann, wenn soziale, ökologische und wirtschaftliche Kosten und Nutzen immer mehr Teil der »Rechnung« werden. Über das Beklagen der vielfältigen Missstände hinaus müssen dafür konkrete Wege gefunden werden, auf politischer Ebene genauso wie bei der Zusammenarbeit in einer Region oder bei der Entwicklung eines landwirtschaftlichen Betriebs.

Fünf Wochen nach dem Symposium stellte die Europäische Kommission in Brüssel die überarbeiteten Vorschläge zur EU-Agrarreform vor. Die Reaktion der meisten Verbände darauf ist verhalten positiv. Tatsächlich soll sich die Höhe der Direktzahlungen erstmals an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren. Was die konkrete Umsetzung angeht, bleiben die Vorschläge der Kommission deutlich hinter dem zurück, was Umweltverbände gefordert hatten. Beispielsweise können weiterhin bis zu 70 % der Ackerfläche eines Betriebs mit Mais bestellt werden, ohne dass es zu Einbußen bei den Zahlungen kommt. Für viele ökologische Aspekte, wie den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der biologischen Vielfalt, wird so kein entscheidender Fortschritt möglich. Besonders kritisch äußern sich die entwicklungspolitischen Verbände: Sie fordern ein klares Bekenntnis zur internationalen Verantwortung der EU-Agrarpolitik. Der Deutsche Bauernverband kritisiert die Vorschläge ebenfalls. In einer ersten Stellungnahme wird das »greening« der Direktzahlungen als falscher Weg der Extensivierung produktiver landwirtschaftlicher Flächen bezeichnet, auch wenn die Ziele der Reform grundsätzlich anerkannt werden<sup>2</sup>. Bis es zu endgültigen Festlegungen der Details kommt, werden noch Monate vergehen.

Schnellere Veränderungen gibt es dagegen auf dem Hofgut Oberfeld selbst: Wo im September im leeren Ladenraum eine Themengruppe tagte, ist ein Bioladen samt Café eingezogen. Beinahe als wenn sie darauf gewartet hätten, sind auch die Kunden da. Weniger sichtbar, aber doch von großer Bedeutung für die Entwicklung des Oberfelds finden sich in der Gemarkung oberhalb des

<sup>1</sup> [www.un.org/News/Press/docs/2011/envdev1198.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2011/envdev1198.doc.htm), 15.11.2011

<sup>2</sup> [www.raiffeisen.com/news/artikel/30219669](http://www.raiffeisen.com/news/artikel/30219669), 15.11.2011

Hofguts einige farbig markierte Holzpflocke. An dieser Stelle wird im kommenden Jahr ein Stall für etwa 50 schwarzbunte Milchkühe und ihre »Familienmitglieder« entstehen – ermöglicht durch das Engagement der Oberfelder Aktionäre.

Mit der »Bürgeraktiengesellschaft für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRhein-Main« ist eine Beteiligungsmöglichkeit mit regionaler Perspektive in Gründung begriffen. Jörg Weber, einer der Initiatoren, hatte auf dem Symposium von dem Vorhaben berichtet.<sup>3</sup>

Dass eine Dialogveranstaltung wie das Symposium auch dauerhafte Spuren hinterlassen kann, zeigt die Gründung des »Netzwerks solidarische Landwirtschaft« am 7. Juli 2011 in Kassel. Durch eine Initiative des Menschenrechtlers Rolf Künnemann und des Demeter-Landwirts Mathias von Mirbach, die sich auf dem ersten Symposium im Sommer 2010 begegnet waren, fanden sich bald aktive MitgründerInnen. Das Netzwerk besteht aus Höfen und Einzelpersonen und hat zum Ziel, die Neugründung von Hofgruppen zu unterstützen, die sich verbindlich an der Finanzierung eines Hofes beteiligen. Nähere Informationen und Kontakt: [www.solidarische-landwirtschaft.org](http://www.solidarische-landwirtschaft.org)

In den Mitteilungen, die wir in den vergangenen Wochen erhalten haben, kommt die Erwartung zum Ausdruck, dass es weitere Symposien ähnlicher Art auf dem Oberfeld geben wird – und sollte. Nicht der übliche Schlagabtausch unterschiedlicher politischer Lager oder sonstiger Interessengruppen wird als wesentlich angesehen – sondern in die Zukunft führende Alternativen darzustellen und zu diskutieren. Diese starke und positive Resonanz auf das Symposium hat uns ermuntert, schon das nächste Jahr ins Auge zu fassen. Das Symposium 2012 wird die Bedeutung und zukünftige Formen der Tierhaltung im Hinblick auf die Entwicklung der Landwirtschaft, das Klima der Erde und die Ernährungssicherheit behandeln. Wie und warum sollten wir als Landwirte und Sie als Kunden gemeinsam Verantwortung übernehmen für die Art und Weise, wie Tiere auf landwirtschaftlichen Betrieben leben und wie wir mit ihnen arbeiten? Oder ist die Tierhaltung in der Landwirtschaft ein überflüssiges Relikt aus der Vergangenheit? Schon jetzt möchten wir Sie herzlich einladen, an diesen Gesprächen teilzunehmen!

Falls Sie die Terminankündigung und die Einladung direkt erhalten möchten, senden Sie schon jetzt eine E-mail an: [symposium@landwirtschaft-oberfeld.de](mailto:symposium@landwirtschaft-oberfeld.de).



<sup>3</sup> Informationen dazu in Kürze: [www.buerger-ag-frm.de](http://www.buerger-ag-frm.de)

**Impressum****Herausgeber:**

Initiative Domäne Oberfeld e.V., Darmstadt

**Konzept & Organisation des Symposiums:**

Anja Christinck, Thomas Goebel,  
Waltraud Knösel mit Aktiven aus dem Umfeld  
des Hofguts Oberfeld, Veranstaltern und Partnern

**Text, Redaktion:**

Anja Christinck, seed4change, Gersfeld mit den Referenten und Veranstaltern

**Gestaltung:**

Silke Peters, sweetwater visuelle kommunikation

**Fotos:**

Titel: Kälbchen – © BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler;  
Traktor – © Bäuerliche Gesellschaft e.V./Foto: Holger Frank; Sonstige: Silke Peters

**Druck:**

Druckerei Lokay, Reinheim

**Erscheinungsort & -jahr:**

Darmstadt, November 2011

**Veranstalter:**

**Hofgut Oberfeld**  
Initiative e.V.

**Die Veranstaltung wurde gefördert von:**

VÖL – VEREINIGUNG  
ÖKOLOGISCHER  
LANDBAU IN HESSEN



sowie von der Wilhelm-Schaab-Stiftung, Birkenau.

**Mit freundlicher Unterstützung von:**

**sweetwater**

visuelle kommunikation 64289 darmstadt  
telefon 0049 (0)6151.9674032 www.buero-sweetwater.de





